



Rede

von

**Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter Bundesregierung
Für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

anlässlich des

**„Tages der Heimat 2014 –
Deutschland geht nicht ohne uns“**

**des Bundes der Vertriebenen in Oberfranken
– Kreisgruppe Bayreuth**

**in Bayreuth
am Sonntag, dem 14. September 2014**

Es ist für mich eine besondere Freude und Ehre, heute anlässlich des Tages der Heimat als früherer Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen und erstmals als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten hier beim Bund der Vertriebenen - Kreisgruppe Bayreuth zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Wir gedenken heute und in diesen Tagen bundesweit unter dem Leitwort „Deutschland geht nicht ohne uns“ den Millionen unserer Landsleute, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Vertreibung lebten rund 10 Millionen Heimatvertriebene in Westdeutschland. Das waren gut 20 % der Bevölkerung. Nach Bayern kamen über 1 Million Sudetendeutsche. Das waren mehr Menschen als damals in Niederbayern, in der Oberpfalz oder in Oberfranken lebten. Die Heimatvertriebenen haben angepackt, sich integriert, haben sich neue Heimat, neues Eigentum geschaffen. Wir dürfen alle zusammen stolz sein auf diese große Gemeinschaftsleistung. Dass Bayern heute so gut dasteht, ist mit das Verdienst der Heimatvertriebenen.

Die drei Millionen Sudetendeutschen, wie auch die anderen Landsmannschaften, die nach dem Schicksalsjahr 1945 ins zerstörte Deutschland vertrieben worden sind, sie alle verharrten nicht in Trauer um die verlorene Heimat, sie krepelten die Ärmel hoch und gingen ans Werk, sich und ihren Kindern eine neue Existenz aufzubauen. Sie brachten dafür nicht nur viel Arbeitsmut und Gewerbefleiß mit, sondern auch ein hohes Maß an Bildung, berufliches Wissen und Loyalität. Die Gesellschaft in unseren bayerischen Städten und ländlichen Räumen, aber auch die Wirtschaft und nicht zuletzt auch die Kirchengemeinden haben davon profitiert.

Ganze Flüchtlingssiedlungen oder Vertriebenenstädte entstanden neu, wie etwa Neutraubling bei Regensburg, das zu Kaufbeuren gehörige Neugablonz, Geretsried, Traunreut oder Waldkraiburg.

Es waren gerade die Heimatvertriebenen, die sich nach 1989/90, als unsere Nachbarn das kommunistische Joch abgeschüttelt hatten, um den Brückenbau zur angestammten

Heimat verdient gemacht haben! Unsere Städte in Bayern sind aus tiefer geschichtlicher Tradition Städte des Brückenschlags. Ich möchte hier die Städtepartnerschaften mit westböhmisches Kommunen, die wissenschaftlichen Beziehungen zu Universitäten in Tschechien und auf regelmäßige Studentenaustausche hinweisen.

Vertriebene und Aussiedler haben Deutschland und auch den Landkreis Bayreuth in Oberfranken nach dem Zweiten Weltkrieg nachhaltig geprägt. Sie haben Deutschland und auch unsere Region gemeinsam mit den Einheimischen zu neuer Blüte gebracht.

Die Eingliederung der fast acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland und vier Millionen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone schien für viele eine bittere Lebenserfahrung und schier unlösbare Aufgabe. Doch mit Mut, Energie und großem Leistungswillen bauten sich die Vertriebenen aus dem Nichts neue Existenzen auf. In beiden Teilen Deutschlands: Sie waren es im großen Maße, die durch ihre Arbeitskraft und Leistungsbereitschaft das „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre ermöglichten und damit der jungen Bundesrepublik ihre demokratische Stabilität verliehen. Sie prägten auch den Wiederaufbau in Mitteldeutschland, auch wenn dort ihr Schicksal über Jahrzehnte tabuisiert wurde.

Die Heimatvertriebenen konnten trotz zahlloser Widrigkeiten in allen Lebensbereichen Fuß fassen. Ob in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kirche, in der Kultur oder beim Sport: die Heimatvertriebenen prägten den Aufbau Deutschlands und gestalteten Politik mit.

Der Bund der Vertriebenen will mit seinem Leitwort 2014 „Deutschland geht nicht ohne uns“ „ein Fenster öffnen und den Blick auf den kreativen Beitrag der Vertriebenen und ihrer Nachkommen zur Entwicklung Deutschlands lenken. Denn wer genau hinsieht erkennt: Deutschland geht nicht ohne uns!“ - wie es die BdV-Präsidentin Erika Steinbach trefflich formuliert hat.

Der Bund der Vertriebenen ist der einzige repräsentative Verband der rund 12 Millionen Deutschen, die infolge Flucht, Vertreibung und Aussiedlung in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme gefunden haben und noch finden. Die Vorgängerorganisationen des Bundes der Vertriebenen, der „Bund vertriebener Deutscher“ und der „Verband der Landsmannschaften“, verabschiedeten am 5. August 1950 in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, die man zweifellos als das „Grundgesetz der deutschen Heimatvertriebenen“ bezeichnen kann.

Mit der verabschiedeten Charta setzte man eindrucksvoll ein Zeichen für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Völkerverständigung, ohne dabei das Gedenken an die Vertreibung außer Acht zu lassen. Ausdrücklich heißt es in der Charta, dass die Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichten und die Schaffung eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, sowie den Wiederaufbau Deutschlands und Europas nachhaltig unterstützen wollen. Bereits einen Tag vor Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen legten in Wiesbaden der tschechische Nationalausschuss von im Londoner Exil lebenden Tschechen und die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, München, ein Versöhnungsdokument vor, das eine Kollektivschuld und Rachedgedanken von beiden Seiten ablehnt und den Kampf für ein einheitliches Europa voranstellt.

Seit dem Zusammenschluss der Landsmannschaften und Landesverbände am 27. Oktober 1957 und der endgültigen Konstituierung am 14. Dezember 1958 im Schöneberger Rathaus in Berlin ist für die Struktur des Bundes der Vertriebenen die zweigleisige Organisationsform kennzeichnend. Sie basiert auf den Landsmannschaften als Vertretung ihrer Heimatgebiete und deren deutscher Bevölkerung sowie auf den Landesverbänden als Vertretung aller in einem Bundesland organisierten Vertriebenen. Der Bund der Vertriebenen verfügt damit über ein bundesweit verzweigtes Netz an Organisationen.

Das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen hat den Bund der Vertriebenen nie daran gehindert, die Verständigung – ganz im Sinne der Charta der deutschen Heimatvertriebenen – mit unseren Nachbarn im Osten zu suchen. Die Heimatvertriebenen haben in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche freundschaftliche Kontakte zu den Menschen

aufgebaut, die jetzt in ihrer alten Heimat leben. Die Vertriebenen haben zudem beispielhaft vorgelebt, dass Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn möglich ist. Diese Kontakte erleichtern es uns allen heute, auf dem Weg der Verständigung und Versöhnung voran zu schreiten.

Insbesondere im Jahr 2014, das von einer ganz besonderen historischen Dimension ist sollte man sich die Leistungen der Heimatvertriebenen und des Bundes der Vertriebenen mit seinen Landesverbänden und Ortsgruppen vor Augen führen, worauf auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Grundsatzrede zum Tag der Heimat in Berlin ausdrücklich hingewiesen hat: 2014 sind 100 Jahre seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs und 75 Jahre seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vergangen. Der Fall der Berliner Mauer und die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa jähren sich zum 25. Mal. Zudem gelang vor 10 Jahren die EU-Osterweiterung. All diese Geschehnisse haben Deutschland, Europa und oft die gesamte Welt maßgeblich geprägt.

Gerade der Bund der Vertriebenen und seine 20 Landsmannschaften, 16 Landesverbände und 4 angeschlossene Mitgliederorganisationen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Erinnerung über die Zeit zu tragen. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung. Denn das Verständnis der eigenen Geschichte prägt die Identität einer jeden Gemeinschaft und eines jeden Einzelnen - vor allem der nachfolgenden Generationen - in ganz besonderer Weise.

Sowohl Zukunft als auch Versöhnung brauchen Erinnerung. Nur wer sich erinnert, kann Zukunft verantwortlich gestalten. Es ist eine wichtige Aufgabe, aus der Erinnerung an die Vergangenheit zu lernen und daraus neue Impulse für die Gestaltung unserer gemeinsamen Gegenwart und Zukunft zu gewinnen. Dies ist eine Aufgabe, der sich der Bund der Vertriebenen auch hier in der Kreisgruppe Bayreuth in vorbildlicher Weise gewidmet hat. Aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben unseres Landes und auch Oberfrankens und des Landkreises Bayreuth ist die Leistung des Bundes der Vertriebenen nicht wegzudenken!

Der Bund der Vertriebenen ist der zentrale Partner für die deutschen Minderheiten und für die Aussiedler. Zusammen leisten Sie einen wichtigen Beitrag, kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern der deutschen Heimatvertriebenen und den heute dort lebenden deutschen Volksgruppen zu bauen. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen und Ihnen für ihren Einsatz als „natürlichen Brückenbauer“ und „Völker-Botschafter“ im Dienste der Völkerverständigung danken.

Die Bundesregierung weiß die Bedeutung der Arbeit des Bundes der Vertriebenen zu schätzen und bekennt sich auch in dem Koalitionsvertrag vom November 2013 erneut zu ihrer besonderen Verantwortung für die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion:

Wörtlich heißt es hierzu im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD:

„Wir halten die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig, halten weiterhin an den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland fest und werden unsere Hilfen für die deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten der Aussiedler fortsetzen. Wir stehen zu den eingegangenen Vereinbarungen europäischer Minderheitenpolitik und verpflichten uns weiterhin zur Förderung der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma – und der deutschen Minderheit in Dänemark sowie den deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.“

An dieser besonderen Verantwortung besteht kein Zweifel. Sie gilt jetzt und für die Zukunft. Daher fördert das Bundesministerium des Innern den Bund der Vertriebenen im Wege der institutionellen Förderung.

Zudem werden Projekte des Bundes der Vertriebenen zur historischen Aufarbeitung, wie z.B. die Wanderausstellungen „Die Gerufenen“, „Erzwungene Wege“ und „Ange-

kommen“ aus dem Bundeshaushalt unterstützt. Während die Ausstellung „Die Gerufenen“ wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen in den Siedlungsgebieten, in denen Deutsche gemeinsam mit anderen Völkern lebten, vorstellt, zeigt die Ausstellung „Erzwungene Wege“ Beispiele europäischer Schicksale von Flucht und Vertreibung der mehr als 30 Völker Europas, die ihre Heimat verloren haben. Die Ausstellung „Angeworfen“ befasst sich mit der Eingliederung von 12 bis 15 Millionen Deutschen, die im Zuge der Vertreibung ihre angestammten Siedlungsgebiete östlich von Oder und Neiße verlassen mussten, in die Bundesrepublik bzw. die DDR.

Aus dem Haushalt der Kulturstatsministerin finanziert der Bund die Stiftung Flucht Vertreibung, Versöhnung.

Zweck der Stiftung ist es, "im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten“ (§ 16 des Errichtungsgesetzes). Die Stiftung wird das Schicksal der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen thematisieren, die aufgrund von Kriegen, nationalen Konflikten und Diktaturen während des 20. Jahrhunderts in Europa ihre Heimat verloren und Schreckliches an Leib und Seele erfahren haben.

Es freut mich sehr, dass wir vor gut einem Jahr den Baubeginn der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung feiern konnten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in diesem Zusammenhang in ihrer Grundsatzrede zum Tag der Heimat in Berlin zurecht hervorgehoben, dass es gelingen muss, „die Erinnerung an das Schicksal und die Kultur der Vertriebenen in die Gesellschaft zu tragen, auch zu denjenigen, die sich nicht aus eigenem Erleben oder familiärem Hintergrund für das Thema interessieren.“

Das vom Bund der Vertriebenen eingeforderte sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung wird im Deutschlandhaus Zug um Zug deutlicher erkennbar. Hier wird an das millionenfache Leid der Deutschen aus den ehemaligen Ost- und Siedlungsgebieten erinnert werden. Zugleich gibt es Anstoß und Raum, um der zahllosen Opfer aller Altersgruppen zu gedenken. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der langjährigen BdV-

Präsidentin, Erika Steinbach MdB, danken, dass Sie diese wichtige erinnerungspolitische Aufgabe über viele Jahre beharrlich und oft gegen heftigen Widerstand eingefordert hat. Dass 2008 die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung errichtet wurde und 2013 mit dem Umbau des Deutschlandhauses zum Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum begonnen werden konnte, ist ihr großes Verdienst!

Sehr bewusst möchte ich hier auch den ehemaligen sudetendeutschen Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, den verstorbenen großen Sozialdemokraten Peter Glotz zitieren: „Die Vertreibung war, was immer die Siegermächte im August 1945 beschlossen haben, ein Verbrechen... Gegen Ende unseres Lebens wollen wir, die Flüchtlinge und Vertriebenen des Jahres 1945, darüber offen reden und uns unseres Schicksals vergewissern. Das lassen wir uns nicht verbieten.“ In diesem Sinne haben Peter Glotz und Erika Steinbach, die beide zu Recht mit dem Karlspreis ausgezeichnet wurden, auch gemeinsam für das Zentrum gegen Vertreibungen - jetzt „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gekämpft.

Bundeskanzlerin Merkel hat bei ihrer Grundsatzrede zum Tag der Heimat in Berlin erklärt, dass sie sich nachhaltig dafür einsetzen wird, dass das Tempo bei der Fertigstellung des Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrums nicht nachlässt.

Auch den im Koalitionsvertrag vereinbarten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung hat die Bundesregierung beschlossen. Am 20. Juni jedes Jahres werden wir in besonderer Weise unserer Vertriebenen und der weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung gedenken.

Der Gedenktag, den der Bund der Vertriebenen seit langem forderte, ist ein wichtiges Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen. Die Ausrufung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung, ebenso wie die 2008 gleichfalls durch die Bundesregierung eingerichtete Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung, bietet die große Chance, der deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken und die gewaltigen Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der früheren DDR angemessen zu würdigen.

Durch die Verbindung mit dem bereits bestehenden UNO-Weltflüchtlingstag werden zudem die weltweite Dimension und die hohe Aktualität von Flucht und Vertreibung eindrucksvoll verdeutlicht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannte sich in ihrer Grundsatzrede auch klar zur Verantwortung der deutschen Politik gegenüber den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Sie sollen bei der Wahrung und Pflege ihrer kulturellen und sprachlichen Wurzeln unterstützt werden, damit sie dort ihre Zukunft gestalten können. Gleichzeitig bleibt aber die Möglichkeit bestehen, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach Deutschland auszusiedeln. Durch eine Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes ist insbesondere die Familienzusammenführung erheblich erleichtert worden.

Seien sie versichert, dass die Bundesregierung auch weiterhin als zuverlässiger Partner an der Seite des Bundes der Vertriebenen steht und sich mit ganzer Kraft für die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen einsetzen wird.

Abschließend möchte ich mich den Worten von Bundeskanzlerin Merkel anschließen, dass es aber insbesondere auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt, sich für die Vertriebenen einzusetzen und die Erinnerung an ihr Schicksal wachzuhalten. Auch Deutsche, die keine familiären Wurzeln in Mittel- und Osteuropa haben, sollten wissen, dass Breslau, Königsberg und Stettin einmal deutsche Städte waren, dass die Ostpreußen Johann Gottfried Herder, Immanuel Kant und Käthe Kollwitz das deutsche Kultur- und Geistesleben ebenso geprägt haben wie der Schlesier Gerhart Hauptmann oder der in Prag geborene Rainer Maria Rilke und dass die Siebenbürger Sachsen oder die Russlanddeutschen ihre eigene Kultur und ihr eigenes Brauchtum haben wie die Bayern, Sachsen oder Württemberger. Dieses Erbe ist nicht wegzudenken. Es ist ein Teil unserer kulturellen Identität in Oberfranken, Bayern, Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa.